

Danziger Zeitung.

Nr. 19311.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Retherhagergasse Nr. 4, und bei allen hiesigen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-spaltige gewöhnliche Schriftzeile ober deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1892.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 15. Januar. (Privattelegramm.) In der heutigen Abgeordnetenhaus-Sitzung befragte der Finanzminister Miquel, daß zwischen ihm und dem Eisenbahnminister Thielen ein Gegenstand bestünde. Auch letzterer will die Finanzlage berücksichtigen zu Verbesserungen der Gehälter der Beamten. Leider seien jetzt wenig Mittel dazu vorhanden, dringlich sei indessen die Verbesserung der Oberlehrergehälter um 900 Mk. durchschnittlich.

In seinem Finanzexposé führte Miquel des weiteren aus, daß der Etat ohne extraordinäre Mittel balanciert, was nur durch die Standhaftigkeit des Finanzministers zu erreichen gewesen sei. Alles mahne zur Vorsicht und Sparsamkeit. Die Einnahmen der Eisenbahnen sind ungünstiger als im vorigen Jahre, der Ausfall beträgt 31 Mill. Bei den Handelsverträgen beträgt der Ausfall für die Staatskasse nur 1 1/2 Millionen, für die Communalverbände 16 Mill., da der größte Ausfall bei Getreide und Vieh stattfindet. Im laufenden Jahre ist ein Defizit von 4 Millionen möglich.

Berlin, 15. Januar. (Privattelegramm.) Heute ist im Reichstage das Gesetz eingegangen, nach welchem von Getreide Weizen, Roggen, Hafer, Gerste, Mais und Hülsenfrüchte in Transitslagern bis zum 30. April zu dem vom 1. Februar an geltenden ermäßigten Zollsatz zugelassen werden.

Der Abg. v. Below-Saleske hat schriftlich seinen Austritt aus der conservativen Fraktion erklärt; wegen häuslicher Verhältnisse könne er nicht dauernd in der Fraktion seinen Standpunkt wahren. In den letzten Sessionen sei er öfter mit wichtigen taktischen Maßnahmen der Fraktionspolitik nicht einverstanden gewesen; für solche Entschlüsse wolle er keine Verantwortung tragen.

Berlin, 15. Jan. (Privattelegramm.) Gestern Abend erklärte auf der Buchdruckerversammlung den Strike für beendet.

Politische Uebersicht.

Danzig, 15. Januar.

Zum Beginn der Landtagsession

schreibt unser Berliner Correspondent unter dem 14. d. Mts.:

Die neue Session des Landtages ist so geschäftsordnungsmäßig wie nur möglich eröffnet worden, aber man wird gut thun, daraus keine Schlüsse auf den Verlauf der Session zu ziehen. In der conservativen Partei des Abgeordnetenhauses und des Herrenhauses gährt es, obgleich in diesem das alte Präsidium mit dem Herzog v. Kalbhor an der Spitze ebenso wiedergewählt worden ist, wie das morgen im Abgeordnetenhaus geschehen wird. In diesem war in der That Herr v. Rauchhaupt in gewohnter Lebendigkeit erschienen; die Aussichten auf eine frische, fröhliche Opposition haben ihn, wie es scheint, veranlaßt, auf die Absicht, der Session fern zu bleiben, zu verzichten und sich an die Spitze der conservativen Opposition zu stellen, deren Spuren man schon bei der ersten Beratung des Etats erkennen wird. Ueberwiegend Weise — ob gerade zur Freude seiner freiconservativen Parteigenossen, mag dahingestellt bleiben — war auch der Kammerherr Graf v. Gersdorff erschienen, dessen Name kürzlich in dem Betrugsskandal gegen den Agenten Gregor Abrahamson in nicht gerade sehr schmeichelhafter Weise genannt worden ist. Zu dem Project war Graf Gersdorff bekanntlich nicht erschienen, aber von heute an steht ja unter dem Schutze des Immunitätsartikels der Verfassung seiner Anwesenheit in Berlin nichts entgegen. Im Herrenhaus glänzte Fürst Bismarck natürlich durch seine Abwesenheit; aber wie der Präsident mittheilt, hat er „wegen anderweitiger Geschäfte“ einen Urlaub für die Dauer der Session nachgesucht. Was das wohl für Geschäfte sein mögen?

Das neue Volksschulgesetz

umfaßt 194 Paragraphen in neun Abschnitten (vergl. unten), während die umfangreiche Begründung nicht weniger als 86 Großquartseiten füllt. Der Inhalt der Vorlage bestreift in einer noch überraschenderen Weise die Befürchtungen, mit denen sich die Presse schon seit längerer Zeit beschäftigt hat. Das Ueberraschende liegt nicht darin, daß der Kirche, in erster Linie der katholischen, die Leitung und Ertheilung des Religionsunterrichtes anheimgegeben ist, sondern in dem Einfluß der kirchlichen Organe auf die Confectionschule und in erster Linie auf die Lehrer und ihre Ausbildung. Im Zusammenhang mit diesen Bestimmungen, welche die Thronrede selbst in der Weise durch den Hinweis auf die volle Ausgestaltung der Bestimmungen der Verfassung über die Volksschule deckt, erscheint selbst die an sich anerkennenswerthe Regelung des Privatunterrichts auf dem Gebiete der Volksschule nicht unbedenklich. In dem Abschnitt über die Lehrergehälter findet sich im Vergleich zu dem Götter'schen Entwurf nur die eine neue Bestimmung, daß das Grundgehalt der selbstständigen Lehrer nicht unter 1000 Mk. betragen soll. Damit ist aber nicht, wie ein Abendblatt bemerkt, eine weitere Erhöhung der Staatszuschüsse gegeben, da diese in der Höhe, wie sie

auf Grund des Volksschulgesetzes in das Pensionsgesetz der Lehrer und Lehrerinnen festgesetzt sind, in den neuen Entwurf ebenso wie in den früheren aufgenommen sind; mit anderen Worten, der Staatszuschuß zu den Pensionen beträgt 1000 Mk. und die Zuschüsse zu den Gehältern betragen 600, 400, 300 Mk. für Lehrerinnen 150 Mk., für Hilfslehrer und Lehrerinnen 100 Mk. Auch die Alterszulagen — sechs Stufen von 5 zu 5 Jahren steigend — bleiben unverändert. Die Mehrausgaben in Folge der Normirung des Grundgehalts auf 1000 Mk. fallen also den Gemeinden zur Last. Im vorjährigen Entwurf waren die dauernden Mehrausgaben für den Staat auf 7 1/2 Mill. Mark berechnet. Dagegen enthält jetzt der Schlußparagraph des Entwurfs folgende merkwürdige Bestimmung:

Die Einnahme des Staates an Einkommensteuer wird vom Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes ab (1. April 1893) zu den in §§ 82—84 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891 bestimmten Zwecken (Befreiung der Grund- und Gebäudesteuer als Staatssteuer bezw. Erlaß an Einkommensteuer) nur insoweit verwendet, als dasselbe den dort bezeichneten Betrag (also für 1893/94 den Betrag von 83 200 000 Mk. d. h. 80 Mill. + 4%) unter Zurechnung einer Summe von 9 Mill. Mk. jährlich übersteigt.

Offenbar handelt es sich hier um eine Abänderung des Einkommensteuergesetzes, durch welche ein Beitrag von 9 Mill. Mk. zu den laufenden Ausgaben, also auch für Schulzwecke verfügbar gemacht wird. In der Begründung wird zu dieser Bestimmung nur bemerkt:

„Der § 194 sieht die Bereitstellung staatlicher Mittel aus den Mehrerträgen des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891 in der Voraussetzung vor, daß die Steuerentlastung auf Grund dieses Gesetzes einen Mehrertrag ergeben wird.“

Am meisten wird diese Bestimmung die Mehrheit des Abgeordnetenhauses überfallen, die dem Einkommensteuergesetz unter der Voraussetzung zustimmt, daß die Mehreinnahmen aus demselben nicht zur Deckung der Staatsausgaben, sondern ausschließlich zur Ueberweisung von Grund- und Gebäudesteuern an die Kreise bezw. Gemeinden dienen sollten. Wie die Conservativen sich zu der Zumuthung, 9 Millionen der Mehreinnahmen aus der Einkommensteuer zu Schulzwecken herzugeben, stellen werden, ist leicht zu errathen. So theuer werden die Herren die Herrschaft der Kirche über die Schule wohl kaum bezahlen wollen. Der vorjährige Vorschlag, 20 Millionen Mk. für zwei Jahre aus den Einnahmen auf Grund der lex Huene zu Schulbauten u. s. w. zu verwenden, ist nicht wieder aufgenommen, das wäre auch vergeblich gewesen.

Von Urtheilen der Presse liegen bisher natürlich nur erst wenige vor. Die „Freis. Ztg.“ schreibt:

„Dem liberalen Standpunkt kann man das Urtheil über die confessionelle und kirchliche Richtung des Entwurfs nur dahin zusammenfassen, daß in dem Grafen Bismarck der selbige Mäurer wieder aufgefunden ist. Den Mäurer'schen Unterwandsentwurf könnte man sogar im Vergleich zu dem vorliegenden Entwurf vom liberalen Standpunkt aus noch als das kleinere Uebel den Vorzug geben. Damit ist der Standpunkt der freisinnigen Partei gegenüber dem Gesetzentwurf klar vorgezeichnet.“

Für die Centrumpresse giebt die „Germania“, die charakteristisch Weise mit dem Entwurf immer noch nicht ganz zufrieden ist, die Parole aus, zu warten auf — die Entscheidung der Bischöfe. Das Blatt schreibt:

Man sieht, es wird schon in den genannten Beziehungen, und auch betreffs des Schulrechtsvermögens, obgleich die Götter'sche Confection beseitigt wird, vieles anders vom Centrum erbetet werden müssen, und wenn das nicht überall gelingt, werden wir betreffs der Stellung zum Entwurf die Entscheidung unserer hochwürdigsten Herren Bischöfe abwarten haben. So wie die Sache jetzt liegt, ist die katholische Presse gut, wobei apostolisch abzusprechen noch größere Hoffnungen zu legen. Eine Erleichterung im strengen Staatsschulsystem liegt auch in der größeren Freiheit für Privatschulen, die ja aber schon aus finanziellen Gründen nicht häufig sein können, ferner ist betreffs der Lehrerfortbildung, die Götter ganz überging, manches gebessert, die Selbstverwaltung kommt mehr gegenüber der staatlichen Verwaltung zu ihrem Recht, und für Stellung, Dienstverhältnisse, Pension und Wittwenversorgung der Lehrer sind manche wesentliche Fortschritte, z. B. die Fixirung eines Grundgehalts, anzuerkennen.

Die zwischen den Freisinnigen und den National-liberalen stehende „Wes. Ztg.“ appelliert an die „Pflicht aller Liberalen“, das Gesetz zu bekämpfen, indem sie einen längeren Artikel mit den Worten schließt:

„Hätten wir eine conservative Partei von echtem Schrot und Korn, so wäre es undenkbar, daß die Mehrheit des preussischen Landtages jemals der Ueberlieferung der Volksschule an die römische Hierarchie ihr Zustimmung gäbe. Aber unsere Conservativen sind dermaßen von Masseninteressen inficirt, daß wir auf sie als Mitstreiter für die dauernden Staatsinteressen nicht mehr zählen können. Sie glauben der Unterstützung der Clericalen für ihre agrarischen, schädlichen Interessen und kirchenpolitischen Wünsche nicht entziehen zu können, und sie sind, fürchten wir, bereit, für diese Unterstützung immer von neuem den Preis zu zahlen, den die Römischen fordern, ratenweise, bis nichts mehr zu zahlen übrig bleibt. An diese Politik sind sie gewöhnt worden während des alten Curfes; dahin sie führt, sehen wir jetzt deutlich an den erneuten Ansprüchen des Clerus; wie sie enden wird, weiß niemand. Klar ist nur eins: die Pflicht aller Liberalen.“

Beim Schluß der Redaktion ging uns noch folgende Meldung zu:

Berlin, 15. Januar. (Privattelegramm.) Die „National-Zeitung“ meint, der Volksschulgesetzentwurf sei unannehmbar für jeden Liberalen. Sie bezweifelt, daß die Vorlage annehmbar für die Conservativen ist, welche in den Ueberliefe-

rungen des preussischen Staates leben. Die Vorlage werde in den weitesten Kreisen der Bevölkerung, zahlreiche Katholiken eingeschlossen, den übelsten Eindruck machen, vor allem im preussischen Beamtenthum.

Die Beförderung der indischen Post über Saloniki.

In der gestrigen Sitzung der Budgetcommission des Reichstages gab zu einer längeren Auseinandersetzung der Titel „Betriebskosten“ Anlaß. Bei demselben wurde von den Abgg. Schrader-Buhl die Frage der Beförderung der indischen Post über Saloniki nach Port Said geführten indischen Post über Ostende, München, Wien, Saloniki dorthin angeregt. Die Angelegenheit ist einige Tage vorher im bairischen Landtage erörtert worden. Dort war ausgeführt, daß diese anderweitige Leitung der Post in England angeregt sei und daß Deutschland ein großes Interesse daran habe, sich diese Leitung zu Nutzen zu machen. Die Eisenbahnen würden werthvolle Transporte gewinnen und die Verlegung der Ueberlandroute würde Deutschland in eine nähere Beziehung zu dem jährlich wichtiger werdenden Ostasien bringen, auch der Reiseverkehr mit Indien auf diese Linie gehen. Diese Gesichtspunkte wurden auch in der Budget-Commission geltend gemacht. Der Staatssecretär des Reichspostamts theilte mit, daß allerdings vor kurzem seitens der englischen Postverwaltungen Verhandlungen eingeleitet wurden, welche bezweckten, die indische Post auf den Weg über Ostende und Deutschland, Oesterreich nach Saloniki zu führen, daß diese Verhandlungen aber, obwohl die Postverwaltungen und die Eisenbahnverwaltungen das größte Entgegenkommen gezeigt hätten, ohne Erfolg geblieben wären. Vielmehr wäre mit der früheren Route wieder unter gegen früher günstigeren Bedingungen abgeschlossen. Er halte allerdings für nicht unwahrscheinlich, daß in nicht ferner Zeit die Frage von neuem aufzukaufen werde; nach seiner Ansicht aber wohl erst dann, wenn durch Ausbau der beabsichtigten Verbindung der türkischen und griechischen Bahnen der Uebergang vom Landwege auf den Seeweg nach dem Piräus verlegt werden könne. Die große Wichtigkeit der Gewinnung dieses Verkehrs für Deutschland erkannte der Staatssecretär durchaus an, betonte aber auch die Schwierigkeiten, welche sich daraus ergeben würden, daß die Einrichtungen der Eisenbahnen in den Balkanstaaten und des Hafens Saloniki ohne eine vorgängige Verbesserung nicht derartige seien, daß ohne weiteres die Verlegung der Ueberlandpost auf diese Route möglich sei. Dagegen wurde erwidert, daß wenn diese Ansicht über die Verhältnisse des letzten Theiles der in Frage stehenden Route richtig sei, es um so nothwendiger im deutschen Interesse sei, möglichst zeitig die Angelegenheit wieder zu behandeln, damit nicht etwa im entscheidenden Augenblicke die Durchführung an nicht genügenden Einrichtungen der Route scheitere.

Beruhigung über Ostafrika

zu verbreiten, ist folgende Depesche des Wolff'schen Bureau bestimmt:

„Der Gouverneur von Deutsch-Ostafrika hat die über Rom eingegangene Meldung von einem Aufstande an der Küste ausdrücklich als unrichtig bezeichnet und bemerkt, daß, wenn etwas über Unruhen in Tonga berichtet werden sollte, dies auf rein lokale Reibereien ohne Bedeutung zurückzuführen sei. Die Nachrichten, welche auf anderem Wege von Ostafrika in die Presse gelangt sind, erscheinen daher übertrieben.“

Hoffentlich bestätigen sich diese Angaben. Um so unbegründeter aber ist es, daß die Regierung zu den neuerdings circulirenden beunruhigenden Nachrichten über neue Aufstände und Kämpfe von Ostafrika so lange geschwiegen und keine Silbe über die „rein lokalen Reibungen“ mitgetheilt hat.

Die Handelsverträge im österreichischen Parlament.

Bei der gestern im österreichischen Abgeordnetenhaus fortgesetzten Generaldebatte über die Handelsverträge gab der Abg. Robitsch (Glovene) die Erklärung ab, er werde, obwohl kein Gegner der Handelsverträge im allgemeinen, doch gegen den Handelsvertrag mit Italien stimmen. Stalitz (Lief) trat für die Handelsverträge ein, welche, indem sie eine Epoche der Zollherabsetzung inaugurierten, einen großen Fortschritt bedeuteten, und sprach sich für eine Vermehrung der österreichischen Handelsmarine, sowie für die Errichtung einer Bank zur Hebung der Schiffahrt und Rheederei aus. Im weiteren Verlaufe der Sitzung erklärte der Ackerbauminister Graf Falkenhayn, er betrachte die Weinpolliclausel in dem italienischen Vertrage zwar nicht als eine Biede des Vertrages, halte dieselbe indessen für ungefährlich. Wollte Italien die Weinzüge herabsetzen, so würde es die Herabsetzung allen Ländern mit Ausnahme von Frankreich bewilligen müssen. Er hoffe, daß die Abgeordneten, welche die Weinpolliclausel beanstandeten, würden für alle Verträge stimmen. Gschmann (Antifemil) erklärte, er werde aus volkswirtschaftlichen, nicht aus politischen Gründen, insbesondere aus Rücksicht für das Kleingewerbe gegen die Verträge stimmen. Neuer, für die Verträge, besprach die Refactionfrage und hob hervor, die Refaction kämen nur der Handels-gesellschaft zu Gute, welche im ungari-schen Interesse gegründet sei und sonst keine Existenzberechtigung hätte; er bedauere das Vorgehen des ungarischen Handelsministers Baroff.

Die italienische Deputirtenkammer

hat ihre Arbeiten wieder aufgenommen. Ministerpräsident di Rudini legte die auf das Uebereinkommen mit Asien bezüglichen Dokumente vor. Darauf wurde mit der Beratung der Handelsverträge mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn begonnen. Dabei sprachen sich die Deputirten Gianturco und Rubini für die Verträge aus. — Der Präsident und der Ministerpräsident di Rudini forderten schließlich die Kammer auf, anlässlich des Ablebens des Herzogs von Clarence ihr Beileid auszudrücken, welcher Vorschlag mit lang anhaltender lebhafter Zustimmung aufgenommen wurde.

Das bulgarische Ausweisungsrecht.

Die „Agence de Constantinople“ versichert, die Mächte, welche das bulgarische Ausweisungsrecht unterstützen, nähmen die Gelegenheit wahr, um behufs Vermeidung von Mißverständnissen die Auslegung der Capitulationen betreffs der Ausweisungen zu regeln. Hiernach hätte die Pforte, deren unbedingtes Ausweisungsrecht die Mächte anerkennen, bei jedem Ausweisungsfalle die Mitwirkung der Consularbehörde oder einer anderen competenten Behörde anzusprechen, wodurch zu einem etwaigen Abkommen die entsprechende Zeit gewonnen würde. Falls dies unmöglich sei oder die betreffende Behörde nicht interveniren sollte, so könnte die Pforte unabhängig mit der Ausweisung vorgehen, indem sie die Schlichtung der eventuellen Interessenverletzung der Zukunft überlasse.

Der Panamerikanismus

macht weitere Fortschritte. Wie wir aus der „Newy. Herald“ erfahren, hat sich die vom Präsidenten in seiner Jahresbotschaft an den Congreß ausgesprochene Voraussetzung, daß noch vor Schluß des Jahres eine Anzahl von Gegenseitigkeitsabmachungen auf Basis der Kampfjoclausel im Mc. Kinkler-Tarif zu Stande kommen werde, bestätigt. Wie am letzten Dienstag aus Washington gemeldet wurde, ist ein Gegenseitigkeitsabkommen zwischen dem Minister des Auswärtigen und dem britischen Gesandten in Washington getroffen worden, dem zufolge die Ver. Staaten die Vergünstigungen der oben erwähnten Gegenseitigkeitsclausel den britisch-vestindischen Colonien Jamaica, Barbados, sowie den Ceylon- und Windwardinseln zugestehen; theilweise nehmen an diesem Abkommen auch Canada, Trinidad und die britische Colonie Britisch-Guiana Theil. Die Vereinigten Staaten gewähren den genannten Colonien die zollfreie Einfuhr von Zucker, Melassen, Aepfen, Thee und Hülsen, doch handelt es sich in diesem Falle vorwiegend um Zucker. Als Gegenleistung sichern die betreffenden Länder die zollfreie Einfuhr einer großen Anzahl nordamerikanischer Fabrikate und Producte zu, wie z. B. lebende Thiere; Rind- und Schweinefleisch der verschiedenen Arten; Bücher; Anochen und Horn; Artikel aus Kupfer, Bronze, Zink und Blei, einfach oder mit Nickel plattirt; Baumwollsamensöl und Producte daraus; Eier; frische Fische und Austern in Blechbüchsen; Früchte und Gemüse aller Art; Gold und Silber; Eis; Gummi- und Guttaperchaartikel; landwirtschaftliche Geräthschaften; Locomotiven, rollendes und anderes Eisenbahnmateriale; Marmor oder Alabaster; Papier aller Art; Quecksilber; Salz; Tabak aller Art; Material zum Schiffsbau; Stärke; Dampf-kessel und Röhren; Schwefel; Material für telegraphische, telephonische und elektrische Leitungen u. s. w. Auf eine Anzahl von Artikeln sind von den Colonien die Zölle um 25 oder 50 Procent herabgesetzt worden. Unter die erstere Kategorie entfallen z. B. Mais und Maismehl, Weizenmehl, Fichtenholz, Petroleum, Weizen u. s. w. Um 50 Procent herabgesetzt worden sind die Zölle auf Schweinefleisch und Schinken, ledernes Schuhzeug, Brod und Biscuit, Käse, Schmalz, Maulesel, Oleomargarin, Fasbäuben und Stäbe u. s. w.

Der betreffende Gegenseitigkeitsvertrag wird voraussichtlich am nächsten 1. Februar in Kraft treten. Antilich promulgirt wird die betreffende Abmachung wahrscheinlich nicht vor Ablauf von zwei Wochen werden, da erst die Tarifgesetze der betreffenden Colonien dementsprechend abgeändert werden müssen.

Außer den oben erwähnten sind auch noch kurz vor Jahreschluß ähnliche Verträge mit den central-amerikanischen Republiken Guatemala und San Salvador getroffen worden. Das Abkommen mit Guatemala bedarf noch der Bestätigung des Congresses jenes Landes, dagegen soll dasjenige mit San Salvador bereits am 1. Februar 1892 in Kraft treten.

Die politischen Gefangenen in Chile.

Die wenigen politischen Gefangenen in Santiago werden im Laufe einer Woche ihre Freiheit zurückerhalten. In der spanischen Gefangenschaft befinden sich nur noch zwei Flüchtlinge und vier in der amerikanischen. Ein früherer Minister Balmaceda, Senor Concha, welcher nach den Meldungen eines amerikanischen Correspondenten in den Cordillern von einem Trupp chilenischer Soldaten erschossen worden sein sollte, erfreut sich der besten Gesundheit und wird sich demnächst auf die wieder ihn erhabene Anklage des Hochverrats zu verantworten haben.

Der Entwurf des Volksschulgesetzes.

Abchnitt 1. handelt von der Aufgabe und Einrichtung der öffentlichen Volksschule. Der größte Theil der in diesem Abschnitt enthaltenen Bestimmungen ist unseren Lesern bereits bekannt gegeben. Wir fügen ergänzend hier daher nur noch Folgendes hinzu: § 9. Es hängt von den örtlichen Verhältnissen, insbesondere von der Zahl der Schüler ab, ob die Unterrichtsstufen als getrennte Klassen einzurichten sind.

§ 10. In den Städten sollen im allgemeinen Volksschulen mit mindestens drei aufsteigenden Klassen bestehen.

§ 11. Wo drei- und mehrklassige Volksschulen vorhanden sind, dürfen Kinder nicht gegen den Willen der Eltern oder deren Stellvertreter einer einklassigen Volksschule zugewiesen werden. § 12. Wo die Anzahl der einem Lehrer überwiesenen Kinder über achtzig steigt, oder wo das Schulzimmer für die vorhandene geringere Zahl von Kindern nicht ausreicht, und die Verhältnisse die Anstellung eines zweiten Lehrers oder eine räumliche Aenderung nicht gestatten, sowie da, wo andere Umstände dies notwendig erscheinen lassen, kann mit Genehmigung des Regierungspräsidenten eine zweiklassige Schule mit einem Lehrer und verkürzter Unterrichtszeit (Halbtagschule) eingerichtet werden. § 14. bestimmt, daß neue Volksschulen nur auf concessioneiler Grundlage eingerichtet werden dürfen. § 17. Ohne den Religionsunterricht durch einen Lehrer seines Bekenntnisses soll grundsätzlich kein Kind bleiben, welches einer vom Staate anerkannten Religionsgesellschaft angehört. Zur Teilnahme an einem anderen Religionsunterricht dürfen Kinder, welche einer vom Staate anerkannten Religionsgesellschaft angehören, nur auf Antrag der Eltern oder deren Stellvertreter zugelassen werden. Sind Kinder verschiedener vom Staate anerkannter Religionsgesellschaften in einer Volksschule vereinigt, so ist möglichst für die Angehörigen einer jeden von ihnen ein besonderer Religionsunterricht einzurichten, wenn ihre Zahl fünfzehn übersteigt.

Kinder, welche nicht einer vom Staate anerkannten Religionsgesellschaft angehören, nehmen an dem Religionsunterricht der Schule Theil, sofern sie nicht seitens des Regierungspräsidenten hiervon befreit werden. Diese Befreiung muß erfolgen, wenn seitens der zuständigen Organe der betreffenden Religionsgesellschaft ein bezüglicher Antrag gestellt und der Nachweis erbracht wird, daß den Kindern in der ihrem Bekenntnisstande entsprechenden Form und durch einen nach der Lehre ihres Bekenntnisses vorgedachten, auch im übrigen befähigten Lehrer Religionsunterricht erteilt wird. An confessionell eingerichteten Schulen dürfen nur Lehrer der betreffenden Confession beschäftigt werden. Diese Vorschrift findet auf den für die Kinder einer anderen Confession anzustellenden Religionslehrer keine Anwendung. Letzterem kann, wenn die Beschaffung der Lehrkräfte mit erheblichen Schwierigkeiten und Kosten verbunden ist, ausnahmsweise nach Anhörung des Schulvorstandes die Ertheilung anderer, religiöser Fragen fernstehenden Lehrstunden übertragen werden.

§ 18. Den Religionsunterricht in der Volksschule leisten die betreffenden Religionsgesellschaften.

Mit Ertheilung des Religionsunterrichts dürfen nur solche Lehrer beauftragt werden, welche sich im Besitze eines, die Befähigung zur Ertheilung des Religionsunterrichts ausweisenden Lehramtszeugnisses befinden. Der von den betreffenden Religionsgesellschaften mit der Leitung des Religionsunterrichts beauftragte Geistliche oder Religionsdiener hat das Recht, dem Religionsunterricht in der Schule beizumischen, durch Fragen sich von der fachgemäßen Ertheilung desselben und von den Fortschritten der Kinder zu überzeugen, den Lehrer nach Schluß des Unterrichts sachlich zu berichtigen, sowie dementsprechend mit Weisungen zu versehen.

Die kirchliche Oberbehörde ist befugt, im Einvernehmen mit dem Regierungspräsidenten einen Ortsgeistlichen ganz oder theilweise mit der Ertheilung des Religionsunterrichts zu beauftragen. Kosten dürfen den verpflichteten Gemeinden (Gutsbezirken, Schulverbänden) hierdurch nicht entstehen.

Für den evangelischen und den katholischen Religionsunterricht gilt, falls von den kirchlichen Oberbehörden eine andere Bezeichnung nicht erfolgt, der Pfarrer, und wenn mehrere Pfarrer vorhanden sind, der erste Pfarrer als gesetzlich beauftragt zur Leitung des Religionsunterrichts für die innerhalb seiner Pfarrei belegenen Volksschulen.

Eine Zurückweisung des mit der Leitung des Religionsunterrichts Beauftragten vom Besuche der Volksschule ist zulässig, wenn derselbe die Ordnung der Schule gefährdet hat.

Die Zurückweisung erfolgt durch Beschluß des Regierungspräsidenten nach Benehmen mit den kirchlichen Oberbehörden, beziehungsweise mit den zuständigen Organen der betreffenden Religionsgesellschaften.

In dem Beschlusse sind die Thatsachen anzugeben, welche die Maßregel begründen.

§ 22. Für Volksschulbauten gelten folgende Grundsätze: 1. Jede Volksschule soll in der Regel ein eigenes Gebäude haben. Letzteres darf nicht gleichzeitig für andere, die Interessen der Schule beeinträchtigende Zwecke bestimmt sein. 2. Das Gebäude soll in der Regel für jede Schulklasse ein besonderes Zimmer enthalten. 3. In Bezug auf die Lage des Platzes, Grundfläche und Höhe der Schulzimmer, Zuhaltung von Licht und Luft, Heizungsanlagen, Beschaffung von Trinkwasser, Einrichtung von Bedürfnisanstalten, Anlage von Dungflüssen und Abfallgruben ist den Anforderungen der Gesundheitspflege zu entsprechen. Soweit die örtlichen Verhältnisse es zweckmäßig erscheinen lassen, ist thunlichst in jedem Schulhause in den Städten eine Lehrerwohnung einzurichten.

§ 24. Bei Volksschulen ist für einen Platz zur Vornahme von Turnübungen Sorge zu tragen und zum Aufenthalt der Kinder im Freien während der Zwischenstunden Gelegenheit zu geben.

Abchnitt II. enthält die bereits bekannt gegebenen Bestimmungen über Gutsbezirke, Schulverbände, Aufhebung der Volksschulklassen.

§ 38. In Gutsbezirken hat der Besitzer des Guts die Schulklassen gleich den Gemeinden zu tragen.

§ 39. Steht der Gutsbezirk nicht ausschließlich im Eigenthum des Gutsbesizers, so kann auf dessen Antrag ein Statut erlassen werden, welches die Aufbringung der Kosten in dem Gutsbezirk unter Heranziehung der in den nicht im Eigenthum des Gutsbesizers stehenden Theilen des Gutsbezirks vorhandenen Grundbesitzer, Einwohner, juristischen Personen, Actiengesellschaften, Commanditgesellschaften auf Actien, Bergwerksgesellschaften und eingetragenen Genossenschaften, deren Geschäftsbetrieb über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgeht, sowie die Theilnehmung derselben an der Verwaltung der Schulanlagen regelt.

Das Statut, welches hinsichtlich der Regelung der Beitragspflicht den gesetzlichen Bestimmungen über die Vertheilung der Gemeindefinanzen in den ländlichen Gemeinden folgen muß, unterliegt der Bestätigung durch den Kreisaußschuß.

Die Vertheilung, Ausschreibung und Einziehung der Abgaben liegt dem Vorsteher des Gutsbezirks ob.

§ 49. Die auf besonderen Rechtsmitteln beruhenden Verpflichtungen Dritter zur Schulunterhaltung oder zu Leistungen für Schulzwecke bleiben bestehen. Von den bisherigen Leistungen des Fiskus im Umfange der Schulordnung für die Provinz Preußen vom 11. Dezember 1835 werden nur diejenigen fortgesetzt, welche in dem § 45 Nr. 4 und 5 daselbst bestimmt sind, und nur mit der Maßgabe, daß diese Leistungen für die nach dem Inkrafttreten des Gesetzes neu errichteten Schulstellen ohne Entschädigung der Domainenbesitzer in Fortfall kommen, sowie daß an Stelle der Entschädigung des Brennbedarfs in Holz oder Torf eine Geldrente tritt, welche auf 2,50 Mk. für das Kubikmeter weiches Auloholz zu bemessen ist.

§ 50. Alle sonstigen auf Gesetz oder Gewohnheitsrecht, Bezirks-, Orts- oder Schulverwaltung, Oberverwaltungen beruhenden öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen zu Schulleistungen fallen fort, soweit nicht das gegenwärtige Gesetz abweichende Bestimmungen enthält.

Abchnitt III. Verwaltung der Volksschulangelegenheiten. Schulbehörden. §§ 51–53 incl. handeln von der Verwaltung der äußeren Schulanlagen durch die Gemeinden, Gutsbezirke. § 54 bestimmt: Die Aufsicht über die Verwaltung der äußeren Schulanlagen der Volksschule wird vorbehaltlich der besonderen Bestimmungen dieses Gesetzes unter Ober-

leitung des Unterrichtsministers von den Regierungspräsidenten und den Landräthen nach Maßgabe der Gemeindeverfassungsgesetze geleitet.

§ 55. Für die Aufsicht über die Verwaltung der Volksschulangelegenheiten (§§ 41, 43, 44) finden, unbeschadet der für die Verwaltung der kirchlichen Organe bestehenden Aufsicht, die Vorschriften der Gemeindeverfassungsgesetze sinngemäße Anwendung.

§ 56. Die Leitung und Beaufsichtigung der inneren Volksschulangelegenheiten wird unter Oberleitung des Unterrichtsministers von dem Regierungspräsidenten geleitet, sofern in diesem Gesetz nicht anderweitige Vorschriften getroffen sind.

§ 57. Für den Stadtkreis Berlin tritt das Provinzialschulcollegium an die Stelle des Regierungspräsidenten.

§ 58. Die Ordnung der Verhältnisse in den Grafschaften Wernigerode und Stolberg wird durch königliche Verordnung bestimmt.

§ 59. Zu den Befugnissen und Obliegenheiten der Schulvorstände gehören insbesondere:

1. die Mitwirkung bei der Anstellung und Pensionierung von Lehrern und Lehrerinnen der öffentlichen Volksschulen (§§ 117, 120, 167);
 2. die gütliche Aeußerung bei der Festsetzung der Lehrpläne, soweit eine besondere Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse stattfindet (§ 6);
 3. die gütliche Anhörung bei Uebertragung anderweitiger Lehrstunden an den Religionslehrer, welcher bei confessionell eingerichteten Schulen für die Kinder einer anderen Confession angestellt ist (§ 17);
 4. die gütliche Aeußerung bei Einrichtung von Schulbesuchsbezirken (§ 32);
 5. die gütliche Aeußerung bei einer Aenderung der Schuleinrichtungen;
 6. die Theilnahme an den Schulprüfungen;
 7. die jährlich mindestens einmalige Theilnahme an den Revisionen der Schulen durch die Schulaufsichtsbeamten;
 8. die Kenntnisaufnahme von dem Verhalten der Lehrer und Lehrerinnen;
 9. die gütliche Aeußerung bei Gewährung eines über 4 Wochen dauernden Urlaubs;
 10. die gütliche Aeußerung bei Ertheilung der Genehmigung zur Uebernahme von Nebenämtern und Nebenbeschäftigungen;
 11. die Mitwirkung bei der Ueberwachung des Schulbesuchs und bei Feststellung und Befragung der Schulverhältnisse;
 12. die Mitwirkung bei der Handhabung der Schulordnung und Beaufsichtigung des sittlichen Verhaltens der Kinder außerhalb der Schule;
 13. die Erstattung der von der Schulaufsichtsbehörde von ihnen geforderten Vorträge;
 14. die Verwaltung des speciellen Schulvermögens.
- Auf die in äußeren Angelegenheiten hervortretenden Mängel hat der Schulvorstand die Verpflichtung zur Abhilfe aufmerksam zu machen. Nöthigenfalls ist der Kreis- (Stadt-) Schulbehörde Anzeige zu erstatten. Ueber eintretende Epidemien ist der Kreis- (Stadt-) Schulbehörde alsbald zu berichten. Bei Gefahr im Verzuge ist der Schulvorstand berechtigt, die Schule einzusperren zu schließen, hat aber sofort der Kreis- (Stadt-) Schulbehörde Anzeige zu erstatten. (Schluß folgt in der Morgennummer.)

Reichstag.

147. Sitzung vom 14. Januar.

Die zweite Berathung des Staats wird fortgesetzt.

Abg. v. Meyer-Arnswalde (conf.) beklagt, daß das Reich zu wenig für Kunstzwecke thut. Er wünscht, daß zu diesem Zwecke dem Kaiser ein Dispositionsfonds überwiesen werde. Redner fragt dann an, wie es mit der Angelegenheit des Denkmals für Kaiser Wilhelm I. stehe. Er kritisiert die bisherigen Entwürfe und tadelt, daß die meisten Bildhauer keine cavalieristische Kenntniss haben. Der gewählte Platz am Schloß sei der unpassendste; am geeignetsten sei dazu der Ausgang der Linde nach dem Brandenburger Thor. Die Herren, welche über die Schloßfreiheit gehen, nehmen ihren Weg von der Bank zur Börse und von der Börse zur Bank, haben also den Courszettel im Kopf und nicht künstlerische Gedanken. Die Damen, die da passieren, gehen von Gerson zu Herzog und von Herzog zu Gerson, und haben vorniegend Unterdrückte, Corsets und seibene Roben im Kopf. (Heiterkeit.) Der Berliner dagegen, der das Brandenburger Thor passiert, geht in den Thiergarten oder er kommt aus ihm zurück. In beiden Fällen befindet er sich in gerader lyrischer Stimmung, die ganz besonders geeignet ist für künstlerische Eindrücke. (Heiterkeit.)

Staatssecretär v. Bötticher: Was das Reich für Kunstzwecke leistet, ist nicht so gering. Die Denkmalsangelegenheit hat der Reichstag der Entscheidung des Kaisers überlassen; diese ist noch nicht getroffen. Ebenfalls wird aber Kaiser Wilhelm I. ein würdiges Denkmal erhalten.

Bei dem Titel „Zur Unterhaltung deutscher Postdampferverbindungen“ bemerkt

Abg. Bamberger (freis.): Für die ostafrikanische und ostasiatische Linie sind bereits Millionen ausgegeben worden, daher muß man überaus feinsinnig sein von dem geringen Erfolge, den diese Linien gehabt haben. Nach dem „Reichsanzeiger“ sollen in den letzten Jahren nach den deutschen Colonien 34 000 Tonnen ausgeführt sein. Das wäre eine Zunahme von 20 Proc., allerdings. Aber diese Zunahme hat bei der an sich sehr geringen Ziffer doch gar keine Bedeutung. Nach dem Bericht des Lloyd schwankt die Ausfuhr übrigens zwischen 19- und 22 000 Tonnen. Die Benutzung der Linie ist also eine sehr geringe. Die Hauptbenutzung fällt auf den Passagierverkehr, der 14 000 Passagiere umfaßt, aber darunter sind herzlich wenig Deutsche; der Hauptbestandtheil sind ohne Zweifel Ausländer. Ferner gehen diese Passagiere in ihrem größten Theil kaum nach unseren Colonien, sondern wir befördern fremdländische Passagiere billiger auf Reichshoftern im Interesse der englischen Colonien nach Australien. Wir haben dabei nicht einmal den Trost, daß der Bremer Lloyd auf seine Kosten gekommen ist. Der Lloyd hat im Gegentheil bedeutende Summen zugezahlt, und zwar in den letzten 4 1/2 Jahren über 7 200 000 Mk. Rechnen wir noch dazu die Summe von 19 800 000 Mk., die der Staat an Subventionen geleistet hat, und dazu noch den Verlust der „Ober“ 2 1/2 Mill., so sind 28 1/2 Mill. Mk. ins Wasser geworfen worden, also im Durchschnitt jedes Jahr etwa 6 300 000 Mk. Da der Werth der deutschen Ausfuhr im günstigsten Jahre 1890 nach den in Betracht kommenden Ländern nur 24 Mill. beträgt, so ist für diese eine Ausfuhrprämie von reichlich 25 Proc. gewährt worden, die größte Prämie, die das deutsche Reich jemals gewährt hat. Das Reich ist also mit seiner Subvention schlecht gefahren, und auch der Lloyd hat schlechtere Geschäfte gemacht, als er gehabt hätte. Die Geschäftsverbindung mit dem Lloyd läßt sich ja nun nicht aufheben, da er Dampfer eigens zu dem Zwecke gebaut hat. Aber ebenso wie die Linie nach Korea stillschweigend von der Schaubbühne verschwunden ist, könnte dies auch mit der Linie nach dem keltischen Samoa, mit dem wir so schöne Erfahrungen gemacht haben, geschehen. Die ganze Ausfuhr Deutschlands, auf die es ja hauptsächlich ankommt, nach Samoa beträgt die kolossale Summe von 107 000 Mk. Da wäre es an der Zeit, diese Linie zum mindesten aufzugeben. (Beifall links.)

Staatssecretär v. Bötticher: So trostlos ist die Sache doch nicht. Wir haben immerhin in dem Verkehr eine Steigerung zu verzeichnen gehabt. Der Verkehr auf der ostafrikanischen Linie ist von 53 467 Tonnen Fracht im Vorjahre auf 70 503 Tonnen gestiegen. Die Verhältnisse im vergangenen Jahre waren überdies nicht günstig. Der definitive Erfolg der Dampfersubvention nach Australien und Ostasien läßt sich erst übersehen, wenn die 15 Jahre, auf die wir die Subvention bewilligt haben, abgelaufen sind. Deshalb wäre es jetzt verfehlt, den Vertrag zu lösen. Wir sind bereits in Unterhandlungen mit dem Bremer Lloyd darüber eingetreten, was zu thun sei, um das Unternehmen zu größerem Gedeihen zu bringen.

Abg. Bamberger (nat.-lib.) giebt Bamberger in Bezug auf die Samoa-Linie Recht, die man aufgeben müsse. Aber man soll darum nicht die Subventionssumme einfach aufgeben, sondern sie für eine andere günstige Linie verwenden. Der hinter uns liegende geringe Zeitraum konnte nicht genügen, um einen so sehr be-

deutenden Export hervorzurufen, aber der Export steigt von Jahr zu Jahr und wir können alle Hoffnung haben, daß nach Ablauf der 15 Jahre derjenige Erfolg erreicht sein wird, welchen man gehofft hat.

Abg. Richter: Hr. Hammer hat sich damit, daß die Sache künftig besser gehen wird. Man kann schon jetzt aus den 4 1/2 Jahren einen gewissen Schluß machen, und dieser gestaltet sich von Jahr zu Jahr ungünstiger. Es ist bezeichnend, daß Herr Hammer, der bei der erstmaligen Berathung dieser Sache mit einem wahren Enthusiasmus dafür sprach, heute sich so resignirt hält. Ich wünschte auch, daß wir amtliche Ziffern hätten, um nicht erst in eine Controverse über Thatsachen eintreten zu müssen. Der Geschäftsbericht des Norddeutschen Lloyd giebt gar keine Aueßerung. Hr. Bamberger sieht die Sache noch viel zu günstig an, wenn er von einer Prämie von 25 Proc. spricht. Er berichtigt dabei die ostafrikanische Subvention von 900 000 Mk. nicht, während nach der amtlichen Statistik der ganze Werth des Handels zwischen Deutschland und Ostasien auf allen Linien nur 820 000 Mk. beträgt. Dazu schicken wir noch 2 1/2 Millionen für Ostasien zu, halten Schiffe daselbst und debattieren hier im Reichstage (Zuruf vom Bundesrath: Das kostet nichts!), allerdings bei der Distanzlosigkeit. (Heiterkeit.) Der Bundesrath, der hohe Dänen bekommt, macht aber keinen. (Heiterkeit.) Die Zuschüsse betragen nach meiner Rechnung 36 Proc. des Werthes der Ausfuhr, für die australische Linie sogar 50 Proc. Das Schiff, welches zwischen Australien und Samoa fährt, hat bei 18 000 Tonnen Laderaum nur 3000 Tonnen Fracht und davon nur 1000 Tonnen für den Verkehr mit Deutschland. Es hieß, die Samoa-Linie solle eingehen. Wenn das geschieht, dann darf das Geld auf keinen Fall verwendet werden für die bessere Ausstattung einer anderen Linie.

Abg. Samhammer (freis.): Auf das Herzogthum Sachsen-Meiningen fallen von der Subvention etwa 20 000 Mk. Kein Land würde eine solche Summe auf 15 Jahre bewilligen, namentlich wenn näher liegende Zwecke noch zu erfüllen sind.

Abg. Bamberger: Die Thatsachen beweisen, daß meine Warnungen vor übertriebenen Hoffnungen berechtigt waren; ich werde, wenn wieder solche Bewilligungen beantragt werden, an diese Erfahrungen erinnern.

Abg. Hammer (nat.-lib.): Allerdings sind die Frachtmengen auf den Postdampfern immer etwas schwankend gewesen; aber im allgemeinen hat sich doch eine steigende Tendenz bemerkbar gemacht. Die Verluste des Norddeutschen Lloyd rühren auch hauptsächlich von den hohen Kohlenpreisen her.

Abg. Richter: Das ist richtig, ich weiß, daß der Norddeutsche Lloyd schon amerikanische Kohlen kaufen wollte. Herr Hammer sollte seine Anstrengungen mit den unsren vereinen, um alles zu beseitigen, was die Einfuhr ausländischer Kohlen hindert.

Auf eine Bemerkung des Abg. Hammer, daß er auf die Bestimmung der Kohlenpreise keinen Einfluß habe, erklärt Abg. Richter, daß er nur an die Kohlenausnahmetarife gedacht habe.

Der Titel wird darauf bewilligt.

Zu Tit. 16 (Ausgaben für die Ueberwachung des Auswanderungswesens) fragt

Abg. Hammer (nat.-lib.) ob das angehängte Gesetz über das Auswanderungswesen bald fertig ist. Bereits zu Anfang der 70er Jahre hat der frühere Abg. Rapp sich mit der gesetzlichen Lösung dieser Frage beschäftigt. Das Gesetz ist dringend nothwendig, aber es darf sich nicht nur beschränken auf die Feststellung der polizeilichen Grundlagen für die Thätigkeit der Auswanderungsagenten, sondern muß auch die Auswanderung unter die Fürsorge des Reichs stellen, um dadurch indirecte Vortheile für das Reich zu erhalten. Die Ansicht, daß die Auswanderung ein soziales Uebel, ein wirtschaftlicher und Kapitalverlust sei, ist offensichtlich vor der Regierung längst zu Grabe getragen. In anderen Staaten hat man es verstanden, die Auswanderung staatlich in die Hand zu nehmen. Besonders bedauerlich ist es, daß durch polizeiliche Maßregeln bisher ein großes Gebiet der deutschen Auswanderung verschlossen war, nämlich das Kaiserreich Brasilien. Die deutschen Ansiedelungen in Südbrasilien hätten sich ohne das ungeliebte v. d. Heydtsche Recept wahrscheinlich sehr viel mehr vergrößert, als es jetzt geschehen ist. Wenn dieses Recept aufgehoben wird, dann wird es auch möglich sein, mit Brasilien zum Abschluß eines Handelsvertrages zu gelangen.

Staatssecretär v. Bötticher: Der Entwurf des Auswanderungsgesetzes unterliegt gegenwärtig der commissarischen Berathung zwischen preussischen und Reichscommissaren. Ich hoffe, der Entwurf wird dem Reichstag noch in dieser Session zugehen. Ueber den Inhalt kann ich, da er geheime Verhandlungen betrifft, keine Mittheilungen machen. Was aber das Recept v. d. Heydts betrifft, so ist das eine preussische Angelegenheit, deren Beseitigung im preussischen Landtage anzuregen ist.

Abg. Lings (Centr.) hofft, daß das Auswanderungsgesetz auch die Wünsche in Bezug auf die Sittlichkeit berücksichtigen wird, welche mehrfach geltend gemacht worden sind, so vom katholischen Kaiserthumverein.

Bei den Ausgaben für die Reichsschulcommissarien beantragt der Abg. Richter: „Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, in Ausführung der Bestimmung des Reichsmilitärgesetzes vom 2. Mai 1874 (Die Vorschrift lautet: „Ein Gesetz wird die Vorbedingungen regeln, welche zum einjährig-freiwilligen Dienst berechtigen“) dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen zur Regelung der Vorbedingungen, welche zum einjährig-freiwilligen Dienst berechtigen.“

Abg. Richter: Ich erinnere die Regierung an die Erfüllung einer Verpflichtung, die sie beim Erlaß des Reichsmilitärgesetzes im Jahre 1874 einging. Bisher ist eine wesentliche Aenderung in den Berechtigungsbedingungen nicht erfolgt, und darum konnten wir ruhig das Gesetz abwarten, jetzt soll aber in Preußen zu Ostern d. J. eine Prüfung in Intersecunda eingeführt werden, von deren Ausfall die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst abhängen soll, und der sich alle Untersecundaner unterziehen müssen, auch diejenigen, welche das Gymnasium noch weiter besuchen wollen. Diese Prüfung ist nicht im Interesse der Schule, sondern nur in dem der Militärverwaltung eingeführt, welche für die einjährig-freiwilligen eine möglichst abgeschlossene Bildung wünscht; dann wäre es aber praktischer gewesen, für die einjährige Berechtigung die Abolition der Schlägigen Schule zu fordern, oder das Gymnasium in zwei möglichst getrennte Theile, eine schlaglose Unterstufe und eine schlaglose Oberstufe zu sondern; die Prüfung hat aber keinen Zweck, sie hindert nicht einmal das Ergehen der Berechtigung. Diese ganze Prüfung hat eine rein formale Bedeutung. Sie ist eine Folge der vorjährigen preussischen Schulconferenz, und auch da erklärten sich mehrere Referenten dagegen, und der Referent, der sich für die Prüfung aussprach, verstand darunter etwas Anderes, als was jetzt eingeführt werden soll, nämlich nur die Prüfung der von Intersecunda abgehenden jungen Leute. Eine solche Abänderung der Bestimmungen über den einjährig-freiwilligen Dienst ist aber ungeschicklich, sie widerspricht dem Sinn des Gesetzes von 1874, denn da steht deutlich, daß die Bedingungen für den einjährig-freiwilligen Militärdienst durch ein Gesetz geregelt werden sollen, und der damalige Referent Abg. Lasker führte dabei aus, daß dieses Gesetz früher kommen müsse, als eine wesentliche Aenderung in den jetzt bestehenden Bedingungen erfolge. Wir wollen uns ja über den materiellen Inhalt der Prüfung gar nicht mit unserm Antrag äußern, wir wollen nur, daß eine so wichtige Aenderung nicht durch Verordnung, sondern durch Gesetz eingeführt wird. Glaubt man, daß eine solche Prüfung nöthig ist, so mögen Sie diese in dem Gesetze, das wir wünschen, vorsehen. Freilich glaube ich, daß eine genaue Prüfung hier im Hause die Anforderungen zurückweisen wird, denn diese Prüfung ist nur ein Ballast, der die Schüler schädigt und das Bildungswesen hindert.

Staatssecr. v. Bötticher: Die Wehrordnung schreibt vor, daß der Beweis der Berechtigung des einjährigen

Dienstes durch den erfolgreichen einjährigen Besuch der Untersecunda geführt werden soll. Wie dieser erfolgreich Besuch nachgewiesen werden soll, ist ein reines Interium der Schulverwaltung. Die Reichsschulcommissarien hat die Aufgabe, die Anstalten zu bezeichnen, deren Abolition die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst in sich schließt, und wenn im übrigen auch das vom Abg. Richter hier verlangte Gesetz emanirt ist, so braucht darin doch nicht zu stehen, wie der darin verlangte erfolgreiche Besuch einer gewissen Schule nachgewiesen werden soll. Es bleibt also der Unterrichtsverwaltung immer unbenommen, diesen Beweis durch eine Prüfung führen zu lassen. Wir befinden uns gegenwärtig in einer Umwälzung unserer ganzen Schulorganisation, und man wird, glaube ich, mit der Durchführung der im Wehrgesetz geforderten gesetzlichen Bestimmungen warten müssen, bis diese Schulorganisation zu einem gewissen Abschluß gekommen ist.

Abg. Hartmann (conf.) schließt sich den Ausführungen des Staatssecretärs durchaus an.

Abg. Richter: Die Darstellung des Herrn Ministers, als ob es sich hier nicht um eine Maßregel handle, die im Interesse der Militärverwaltung erlassen ist, steht im Widerspruch zu allem, was wir über diese Angelegenheit bisher gehört haben. Die Prüfung wurde eingeführt, nachdem ein Commissar des Kriegsministeriums, der zu diesem Zweck der Schulconferenz beigezogen hatte, sich über diesen Punkt eingehend geäußert hatte. Nichtig ist es ja, daß es sich hier nicht bloß um die zum Militärdienst Geeigneten handeln soll, sondern um alle Untersecundaner, aber man wird eben in diesem Alter nur selten diejenigen erkennen können, welche sich aus körperlichen Ursachen zum Militärdienst nicht eignen, d. h. alle Untersecundaner wollen eben den einjährigen Berechtigungsdienst sich erwerben. Für meine Auffassung spricht auch die Thatsache, daß auch diejenigen jungen Leute der Prüfung sich unterziehen sollen, von denen die Lehrer überzeugt sind, daß sie die Reise für Obersecunda haben. Abg. Hartmann sagt, man solle mit der Sache warten, bis die jetzt in Zug gekommene Schulreform beendet sei. Das möchte ich gerade nicht, denn diese Schulreform wird im Verwaltungswege geordnet, und dann wird sich die gesetzliche Regelung nach dieser Verwaltungsorganisation richten müssen, während wir gerade eben jetzt die ganze Angelegenheit gesetzlich geregelt sehen wollen.

Staatssecretär v. Bötticher: Die Wehrordnung bestimmt, daß junge Leute, die ein Jahr erfolgreich in Secunda geseßen haben, die Berechtigung zum einjährigen Dienst haben, und die Unterrichtsverwaltung hat zu prüfen, in welcher Weise der erfolgreiche Besuch dieser Klasse nachzuweisen ist. Das ist ein Recht, das bleibt auch Rechts. Die preussische Schulreform beschränkt sich nicht allein auf das Berechtigungsverfahren zum einjährig-freiwilligen Dienst, sondern auf eine ganze Reihe von Reformen, zu deren Ergründung der Besuch der Untersecunda nöthig wird, zum Beispiel für die Subalternbeamten. Wird nun das verlangte Reichsmilitärgesetz jetzt gegeben, so wird die Unterrichtsverwaltung auch nach Erlaß desselben zu bestimmen haben, ob sie eine solche Prüfung einführen will oder nicht.

Abg. Althaus (freis.): Die Regierung hat 1874 zweifellos die Verpflichtung übernommen, mit einer gesetzlichen Durchführung so schnell als möglich vorzugehen. Aus diesem „So schnell als möglich“ sind nun 18 Jahre geworden. Ich mache daraus der Regierung keinen Vorwurf, weil die Schulreform nur langsam vorwärts ging. Jetzt, wo die Durchführung der Reform in ziemlich naher Zeit in Aussicht ist, müssen wir die Regierung an ihre Verpflichtung erinnern. In der Schulconferenz wurde allerdings die Frage eines Abschlusses der Bildung berathen; es handelte sich aber nur um den Unterricht, den Lehrstoff, nichts gab aus den Berathungen der Conferenzen einen Anlaß für ein solches Egeamen. Im Gegentheil, man sprach sich in der Conferenz principiell dagegen aus. Der Zweck, der durch die Einführung der Prüfung erreicht werden soll, wird nicht erreicht werden. Man wird die Gymnasien von dem Ballast nicht befreien und einen wirklichen Beweis für die Erlangung einer abgeschlossenen Bildung auch nicht herbeiführen können. Man hat seit langen Jahren das Berechtigungsverfahren als einen Schaden für die Schule angesehen. Diese Prüfung wird aber eine noch weit größere Schädigung der Schule zur Folge haben. Deshalb bitte ich Sie, dem Antrage beizustimmen.

Abg. v. Bar (freis.): Wir haben es hier mit einem Gesetzen der Militärverwaltung zu thun, welches die Schulverwaltung nach Möglichkeit von sich abzuschütteln gesucht hat. Wir Untersecundale müssen alle Zwischengammas, welche nur dazu führen, den Gedächtnisrampf hochzubringen, durchaus perhorresciren. Ich stimme für den Antrag Richter. Mögen wir vor ähnlichen Gesetzen künftig bewahrt werden.

Abg. Richter: Der Minister sprach immer von der Wehrordnung. Diese ist kein Gesetz, sondern eine Verwaltungsinstruction, eine Vollzugsbestimmung. Die einzige gesetzliche Bestimmung ist enthalten im Kriegsdienstgesetz von 1867. Es handelt sich jetzt darum, den Umfang, in welchem die nöthigen Kenntniss nachzuweisen sind, nicht mehr durch Instruction, sondern durch Gesetz selbst zu bestimmen. Ich will nur verhindern, daß die Schulbehörden unter allen Umständen verpflichtet werden, auch dann eine Prüfung vorzunehmen, wenn sie schon vor der Prüfung die Ueberzeugung von der Reife des Schülers erlangt haben.

Der Antrag Richter wird gegen die Stimmen der Socialdemokraten und einiger Conservativen angenommen und die weitere Berathung auf Freitag verlag

Deutschland.

* Berlin, 14. Januar. Die Kaiserin besichtigte heute Vormittags die im hiesigen Kunstgewerbemuseum zu Gunsten der durch das Erdbeben in Japan Heimgekehrten eröffnete reichhaltige Leih-Ausstellung japanischer Kunstgegenstände. Die Kaiserin Friedrich besichtigte, die Ausstellung am heutigen Nachmittag zu besichtigen.

* Berlin, 14. Januar. Das Ableben des präsumtiven englischen Thronfolgers, Herzogs von Clarence, zieht, wie schon erwähnt, auch die diesseitigen Allerhöchsten Kreise, denen der Verblichene nahe verwandt war, in tiefe Theilnahme. Als bald nach Eingang der Trauernachricht stattete die Kaiserin der Kaiserin Friedrich einen Condolenzbesuch ab. Die für das Krönungs- und Ordensfest vorgesehenen festlichen Veranstaltungen kommen in Wegfall und findet nur ein Kapitel des Schwarzen Adlerordens nebst Vertheilung der Ordensdecorationen in aller Stille statt. Die von Mitgliedern der königlichen Familie bewohnten Gebäude trugen heute als äußeres Zeichen der Trauer die Standarte auf Halbmaße gehißt.

[Der Vorstand des deutschen Kriegerbundes] hat an die Verbands- und die Bezirksvorstände bei der Jahresversammlung ein Schreiben gerichtet, worin er als die erste Aufgabe der Kriegervereine bezeichnet, „eine Säule der Monarchie und ein ein fester Wall gegen die socialdemokratischen Bestrebungen zu sein“. „Hier vor allem heisst es, für die Vorstände der einzelnen Kriegervereine und der letztere einigenden Einzelverbände ein wachsame Auge auf die ihnen unterstellten Vertheilungen“. Der vor anderthalb Jahren an die Spitze getretene neue Vorsteher, Generalleutnant z. D. v. Reuthe-Fink, hat, wie die „Nordd. Allg. Zeitung“ ausführt, mit klarem Blick erkannt, „wie die Höhe der Leistungsfähigkeit in dem Kampfe gegen die Socialdemokratie und die Fähigkeit, nicht sowohl die Bundesmitglieder in monarchischer Gesinnung zu erhalten, als auch weitere Kreise für die Bundeszwecke zu interessieren, gerade von der Durchführung dieser organischen Gliederung abhängt, weil die Berliner Central-

Sterben eine Beilage.

Beilage zu Nr. 19311 der Danziger Zeitung.

Freitag, 15. Januar 1892.

Danzig, 15. Januar.

* **[Gewerbeverein.]** Gestern Abend hielt Herr Dr. Günz einen Vortrag über „das Brod“, in welchem auf das in letzter Zeit vielfach empfohlene Maisbrod Bezug genommen wurde. Der Vortragende legte zunächst dar, daß das Brod eine notwendige Ergänzung der Fleischnahrung sei und daß deshalb Spuren von seinem Vorhandensein schon in der Steinzeit entdeckt worden seien. Redner besprach ferner die verschiedenen Mischungen, die dem Roggen- und Weizenmehl zugesetzt worden seien. Abgesehen von den Zusätzen aus Knochenmehl, Baumrinde und Stroh, wie sie in Nothjahren vorgekommen seien, würde regelmäßig in Süddeutschland dem Weizen Speltz, in Vorpommern dem Roggen Gerste, in Schottland dem Roggen Hafer und neuerdings in Amerika in steigendem Maße den Getreidesorten Mais zugesetzt. Auch in Deutschland gewinne die Verwendung des Maismehles immer mehr Boden. So habe z. B. die Gefängnisverwaltung in Oldenburg nach längeren Versuchen ein gesundes und wohlschmeckendes Brod hergestellt, zu welchem $\frac{2}{3}$ Roggen- und $\frac{1}{3}$ Maismehl verwendet worden seien. Der Vortragende Herr Schütz zeigte nunmehr zwei Sorten Maisbrod vor, von denen das eine in Marienwerder, das andere von Hrn. Bäckermeister Bail von hier hergestellt worden war. Beide Brodarten hatten einen angenehmen Geschmack, ihr Preis stellt sich auf 12—13 Pf. für das Pfund, welches bei anderem Brod gegenwärtig mit 16—17 Pf. bezahlt wird.

© **[Ornithologischer Verein.]** In der gestrigen Sitzung erstatteten die Rechnungs-Revisoren Bericht, auf Grund dessen Decharge ertheilt und der Etat pro 1892 festgestellt wurde. Aus den bewilligten Beträgen erwähnen wir: 110 Mk. für Inserate und Abonnement, 70 Mk. für Bibliothek, 125 Mk. für Sommer-Ausflüge und Stiftungsfest, 100 Mk. für Monats-Ausstellungen und die gleiche Summe für Inventar-Ergänzung. Die Endsumme schließt ab mit 880 Mk. Den vom Verein eingerichteten Vogel-Futterplänen soll am Sonntag den 17. d. Mts. ein Besuch abgestattet werden und am 28. d. Mts. wird eine Ausstellung mit Hühnern und Großgeflügel stattfinden.

* **[Brandversicherung.]** Der Führer des am Packhofe liegenden Flußdampfers „Montw“ stellte gestern Nachmittag ein Gefäß mit Theer auf das Herdfeuer der Küche und entfernte sich aus dem Raume, einen Schiffsjungen mit dem Auftrage zurücklassend, auf den Theer ja Acht zu haben. Dieser kam jedoch der Anordnung so wenig nach, daß der Theer überkochte, in Brand gerieth und den Schiffsraum mit dichtem Rauch erfüllte. Er stürzte in die Küche, ergriff den Theertopf und schleuderte ihn auf das eiserne Gerüst des Schiffes; er zog sich hierbei bedeutende Brandwunden im Gesicht und an den Händen zu, weshalb er sofort ins städtische Lazareth gebracht werden mußte.

5 **[Marienburg, 14. Jan.]** Der landwirthschaftliche Verein hielt Montag Abend eine gut besuchte Versammlung ab, in welcher der Vorsitzende, Herr Landwirthschaftslehrer Pahig, einen zeitgemäßen Vortrag über eine Buchführung für Landwirthe zum Zweck einer richtigen Steuererklärung hielt. Die Versammlung folgte den Ausführungen mit gespanntem Interesse und nahm dankbar die Erklärung entgegen, daß in den nächsten Tagen in der hiesigen Halb'schen Druckerei

eine von dem Vorsitzenden verfaßte Broschüre erscheinen werde, in welcher ausführliche Anleitung zu einer derartigen Buchführung gegeben sei. Außerdem sprach sich die Versammlung gegen die seit dem 1. September in Kraft getretenen Staffeltarife aus, indem sie einem von der Hauptverwaltung ergangenen Schreiben zustimmte und deren Bestrebungen und Wirken für Aufhebung oder Beschränkung der Tarife billigte.

9 **[Ehron, 14. Januar.]** Heute früh erschienen drei Soldaten des 61. Infanterie-Regiments, welche vorübergehend im Gasthause „Blaue Schürze“ einquartiert waren, nicht zum Dienst. Als man nachsah, fand man sie (wie bereits telegraphisch gemeldet) bemußlos in den Betten liegen in Folge einer Kohlenoxydvergiftung. Diese ist durch Heizung eines eisernen Ofens und durch Verkohlten von auf denselben gelegten Lappen erzeugt worden. Glücklicherweise gelang es, die sofort ins Garnisonlazareth gebrachten Leute ins Leben zurückzurufen. — Wie in anderen Städten der Provinz, soll auch hier jetzt ein katholischer Lehrer-Verein gegründet werden. Wie man hört, hat die Geistlichkeit sich außerordentlich um das Zustandekommen eines solchen Vereins bemüht.

mg. **[Aus Ostpreußen, 14. Januar.]** In Anerkennung ihrer Verdienste um die Rindviehzucht hat der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten auf Grund der Arbeiten der Preisrichtercommissionen gelegentlich der vorjährigen Bezirksausstellungen und in Verfolg einer bezüglichen Eingabe von Seiten des landwirthschaftlichen Centralvereins für Litauen und Masuren den Herren Gutsbesitzern Bender-Tilsamischen Rasmurm-Ballgaden, Reichert-Auer, Weber-Mikabude, Kobligh-Babken, Herbst-Schadlischen, Ebhardt-Rommorowen und Oberamtmann Fährer-Norkitten Staatschrenpreise verliehen. Dieselben bestehen aus bronzenen Thiermedaillons. Gutsbesitzer Stantien-Pahelgsten erhielt ein eisernes Thiermedaillon.

Vermischte Nachrichten.

Berlin, 14. Januar. Ueber den „Kaiserbazar“ ist heute der Concurs eröffnet worden. Noch gestern Abend fand im Restaurant „Zu den vier Jahreszeiten“ unter Vorsitz des Commerzienraths Max Krause eine von etwa 200 Personen besuchte Gläubigerversammlung statt. Die Gesamtzahl der Gläubiger, die ursprünglich in die Tausende ging, beträgt zur Zeit noch 300. Wie mitgetheilt wurde, steht das Unternehmen jetzt noch verhältnismäßig günstig da, man entschied sich aber trotzdem für sofortigen Concurs, da am 31. März viele Verbindlichkeiten fällig werden, die den Stand wesentlich ungünstig beeinflussen würden. Zur Wahrung der Interessen der Gläubiger wurde ein Comité eingesetzt. Der „Kaiserbazar“ soll zunächst ganz geschlossen werden, weil man das ganze Unternehmen für so miscredittet hält, daß es auch bei günstiger Finanzierung kaum noch Erfolg verspricht. Man will dann später unter anderem Namen und in anderer Form ein neues Geschäft aufthun.

Börsendepeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 14. Januar. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, holstein. loco ruhig, neuer 218—225. — Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco neuer 218—247, russ. loco ruhig, neuer 192—198 nom. Hafer ruhig. Gerste

ruhig. — Rüböl (unversollt) ruhig, loco 61.00. — Spiritus matt, per Januar 37½ Br., per Jan.-Febr. 37½ Br., per April-Mai 37½ Br., per Mai-Juni 38 Br. — Raffee fest, Umiah 1500 Cask. — Petroleum ruhig. Standard white loco 6.30 Br., per Jan.-März 6.25 Br. — Wetter: Sehr kalt.

Hamburg, 14. Januar. Raffee. Good average Santos per Januar 67¾, per März 68½, per Mai 61¼, per Juli 60¼. Beihauptet. **Hamburg, 14. Januar.** Zuckermarkt. (Schlußbericht.) Rübenroh Zucker 1. Product Basis 88% Rendement neue Uiance, f. a. B. Hamburg per Januar 14.87½, per März 15.17½, per Mai 15.40 per August 15.70. Matt.

Bremen, 14. Januar. Raff. Petroleum. (Schlußbericht.) Fass tollfrei. Stramm. Loco 6.75 bei. **Saare, 14. Jan.** Raffee. Good average Santos per März 78.25. per Mai 76.00 per September 74.50. Ruhig.

Frankfurt a. M., 14. Jan. Effecten-Societät. (Schluß.) Deutscher Credit-Actien 250¾, Franzosen 253¾, Lombarden 81, ung. Goldrente — Gotthardbahn 139.30, Disconto-Commandit 175.40, Dresdener Bank 134.90, Bochumer Gußstahl 115.30, Dortmunder Union St.-Br. — Gelsenkirchen 128.00, Harpener 150.40, Hibernia 128.50, Laurahütte 111.20, 3% Portugiesen 31.80, Schwach.

Wien, 14. Januar. (Schluß-Course.) Oester. Papierre 93.65, do. 5% do. 102.90, do. Silberrente 93.20, 4% Goldrente 110.75, do. ungar. Goldrente 106.90, 5% Papierrente 102.10, 1860er Loose 140.50, Anglo-Aust. 159.80, Länderbank 207.70, Creditact. 292.50, Unionbank 231.50, ungar. Creditactien 332.00, Wiener Bankverein 110.60, Böhm. Westbahn 346, Böhm. Nordb. 188.00, Bülch. Eisenbahn 474.00, Dux-Bodenbacher —, Elbethalbahn 229.50, Ferd. Nordbahn 2850.00, Franzosen 290.50, Galizier 210.25, Lemberg-Eiern. 244.50, Lombard. 90.60, Nordwestb. 211.50, Pardubitzer 181.50, Alp.-Mont.-Act. 63.80, Tabackactien 164.50, Amsterd. Wechsel 97.60, Deutsche Plätze 57.92½, Londoner Wechsel 117.95, Pariser Wechsel 46.85, Napoleons 9.35½, Marknoten 57.92½, Russische Banknoten 1.14½, Silbercoupons 100.

Amsterdam, 14. Januar. Getreidemarkt. Weizen per März 246, per Mai 250 Roggen per März 228, per Mai 231.

Antwerpen, 14. Januar. Getreidemarkt. Weizen behauptet. Roggen ruhig. Hafer unbelebt. Gerste flau. **Antwerpen, 14. Jan.** Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loco 16¾ bei und Br., per Januar 16¾ Br., per Februar 16 Br., per Septbr. Debr. 16 Br. Steigend.

Paris, 14. Januar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen behpt., per Januar 26.00, per Februar 26.20, per März-April 26.70, per März-Juni 26.90. — Roggen behpt., per Januar 20.00, per März-Juni 21.50. — Weizt ruhig, per Jan. 56.00, per Februar 56.75, per März-April 57.80, per März-Juni 58.20. — Rüböl steig., per Januar 56.25, per Febr. 57.25, per März-April 58.25, per März-Juni 58.75. — Spiritus ruhig, per Januar 48.00, per Febr. 45.50, per März-April 45.50, per Mai-August 45.25. — Wetter: Kalt.

Paris, 14. Jan. (Schlußcourse.) 3% amortisirb Rente 96.05, 3% Rente 95.15, 4½% Ant. 105.70, 5% ital. Rente 89.62½, österr. Goldr. 95¾, 4% ung. Goldrente 91.37, 3% Orientanleihe 63.18, 4% Russen 1880 —, 4% Russen 1889 92.05, 4% unific. Aegyptier 487.12, 4% span. Anleihe 62½, convert. Türken 18.62½, türk. Loose 71.00, 5% privilegierte türk. Obligationen 421.00, Franzosen 630.00, Lombarden 216.25, Comb. Prioritäten 311.00, Credit foncier 1208, Rio Tinto-Actien 461.80, Suezkanal-Actien 2632, Banque de France 4450, Wechsel auf deutsche Plätze 122½, Londoner Wechsel 25.15½, Cheques a. London 25.17, Wechsel Amsterdam kurz, 206.25, do. Wien kurz 211.25, do. Madrid kurz

436.00, Neue 3% Rente 95.30, 3% Portugiesen 31½, neue 3% Russen 75½, Banque ottomane 555.00, Banque de Paris 685.00, Banque d'Escompte 385, Credit mobilier 142, Merid. - Actien 607, Panamakanal-Actien 22.00, do. 5% Obligat. 23.00, Cas. Parisis 1415, Credit Lyonnais 800.00, Cae pour le Tr. et l'Etranger 540, Transatlantique 562, Ville de Paris de 1871 407, Tab. Ottom. 356.00, 2½% engl. Conf. 95½, C. d'Escompt 515, Robinson-Actien 85.00.

Paris, 14. Jan. Bankausweis. Baarvorrath in Gold 1 340 348 000. do. in Silber 1 249 339 000, Portef. do. Hauptbank und der Filialen 738 722 000, Notenumlauf 3 171 972 000, Laufende Rechnung d. Priv. 388 883 000, Guthaben d. Staatskassen 271 981 000, Gesamt-Vor-schüsse, excl. der an den Staat geleisteten Vor-schüsse im Betrage von 140 Mill. Fracs. 346 630 000 Fracs., Zins-u. Discont-Erträge 2 226 000 Fr. Verhältniß des Notenumlaufs zum Baarvorrath 81.64.

London, 14. Januar. Bankausweis. Totalreserve 13 892 000, Notenumlauf 25 312 000, Baarvorrath 22 755 000, Portefeuille 28 557 000, Guthaben der Privaten 30 989 000, do. des Staates 5 855 000, Notenreserve 13 192 000, Regierungssicherheiten 12 562 000, Fdr. Sterl. — Procentverhältniß der Reserve zu den Passiven 37½ gegen 32 in der Vorwoche. — Clearinghouse-Umlauf 110 Mill. gegen die entfallende Woche des vorigen Jahres weniger 54 Millionen.

London, 14. Jan. (Schlußcourse.) Engl. 2½% Consols 95¼, Br. 4% Consols 105, ital. 5% Rente 89, Lombarden 8½, 4% conf. Russen von 1889 (2. Serie) 92½, convert. Türken 18½, österr. Silberrente 79, österr. Goldrente 94, 4% ungarische Goldrente 90¾, 4% spanier 62¾, 3½% privil. Aegyptier 89¾, 4% unific. Aegyptier 95½, 3% garantierte Aegyptier 101½, 4½% ägypt. Tributanteile 94, 6% conf. Mexikaner 83½, Ottomanbank 12½, Suezactien 105, Canada-Pacific 96¾, De Beers-Actien neue 14½, Rio Tinto 18¾, 4½% Rupees 71½, Argentinische 5% Goldanleihe von 1886 63, do. 4½% äußere Goldanleihe 32, Neue 3% Reichsanleihe 84½, Silber 42¾, Plahdiscont 2, — Wechselnotirungen: Deutsche Plätze 20.51, Wien 11.95, Paris 25.40, Petersburg 22½.

Glasgow, 14. Januar. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 47 sh.

Newyork, 13. Januar. (Schluß-Course.) Wechsel auf London (60 Tage) 4.83¼, Cable-Transfers 4.85¼, Wechsel auf Paris (60 Tage) 5.21½, Wechsel auf Berlin (60 Tage) 94¾, 4% fundirte Anleihe 116½, Canadian-Pacific-Actien 94, Central-Pacific-Act. 34, Chicago u. North-Western-Actien 117, Chic. Mil.-u. St. Paul-Actien 81½, Illinois-Central-Act. 108½, Lake-Shore-Michigan-South-Actien 121½, Louisville u. Nashville-Actien 81, Newy. Lake-Erie u. Western-Actien 32½, Remy. Central u. Hudson-River-Act. 115½, Northern-Pacific-Preferred-Act. 67½, Norfolk u. Western-Preferred-Actien 53½, Atchafson Topeka und Santa Fe-Actien 43½, Union-Pacific-Actien 48½, Denver u. Rio-Grand-Preferred-Actien 45½, Silber-Bullion 92½, Baumwolle in Newyork 7½, do. in New-Orleans 6½, Raffin. Petroleum Standard white in Newyork 6.45 Cd., do. Standard white in Philadelphia 6.35 Cd., rohes Petroleum in Newyork 5.80, do. Pipe-line Certificates per Februar 63, Stetig. Schmalz loco 6.67, do. Rohe u. Brothers 6.92, — Zucker (Fair refining Muscovados) 3, — Raffee (Fair Rio) 13½, Rio Tr. 7, low orb. per Februar 12.07, per April 11.65.

Newyork, 14. Januar. Wechsel auf London 4.83¼, — Rother Weizen loco 1.02½, per Januar 1.01, per Febr. 1.01½, per Mai 1.02½, — Weizt loco 4.15, — Mais per Jan. 50½, — Zucker 5, — Fracht 3.

Berliner Buehmarkt.

Berlin, 15. Januar. Zum Verkauf standen 335 Rinder, 1407 Schweine, darunter 187 Bakonier, 726 Rälber. —

Hinder wurden nur 45 Stück geringer Waare zu Montagsspreisen umgekehrt. — Der Schweine-Markt gestaltete sich im ganzen etwas lebhafter wie am letzten Montag und wurde bei ziemlich unveränderten Preisen geräumt. Inländer erhielten in 2. und 3. Qualität, 1. fehlte, 44—51 M. in einzelnen Fällen auch darüber, per 100 lb mit 25 lb Tara. Bakonier ca. 47 M. per 100 lb mit 50—55 lb Tara per Stück. — Der Rüberrhandel verlief ruhig. Die Preise blieben die gleichen wie am Montag. 1. Qualität 56—66 M. 2. Qualität 48—55. 3. Qualität 40—47 Pf. per lb Fleischgewicht.

Productenmärkte.

Stettin, 14. Januar. Getreidemarkt. Weizen unverändert, loco 218—224, per Januar 223,00, per April-Mai 216,00. — Roggen unverändert, loco 218—223, per Januar 232,00, per April-Mai 223,50. — Sommergerste loco neuer 153—162. — Rüböl unverändert, loco per Jan. 57,00, per April-Mai 57,00. — Spiritus behauptet, loco ohne 50 M. Consumsteuer — 70 M. Consumsteuer 48,00, per Januar 47,80, per April-Mai 47,60. — Petroleum loco 11,10.

Berlin, 14. Januar. Weizen loco 207—227 M. weißer 222 M. ab Boden, per Januar 209,50—210 M., per April-Mai 210—210,75—210,50 M., per Juni-Juli 211,50—211—212,75—211,75 M., per Juli-Aug. 213—212—213,50—213,75 M. — Roggen loco 220—234 M. mittel inländisch 225—226 M. guter inländ. 228 bis 229 M. klammer inländ. 220 M. a. B., per Januar 236—235 M., per April-Mai 219,25—219—220—219,50 M., per Juni-Juli 216—216,50—216,25 M., per Juli-Aug. 213—213,50—213,25 M., per Juli-Aug. 196—197,25 M. — Hafer loco 158—180 M. inländisch 162—167 M., oft u. weispreuß. 162—165 M. pomm. u. uckermark. 162—166 M. schles. böhm. und sächsisch 162—167 M. feiner schlesischer, mährischer und böhm. 168—171 M. a.

B., per Januar 162,50 M. nom., per April-Mai 163,75 bis 163,50—163,75 M., per Mai-Juni 164,50—164 M., per Juni-Juli 164,50—164 M. — Mais loco 155—172 M., per April-Mai 122,25—122,50 M. — Gerste loco 160—205 M. — Kartoffelmehl loco 35,50 M. — Trockene Kartoffelfstärke loco 35,50 M. — Feuchte Kartoffelfstärke loco 20,40 M. — Erbsen loco Futterpaare 172—185 M. RoDMAre 195—250 M. — Weizenmehl Nr. 00 30,00—28,00 M. Nr. 0 26 bis 24,00 M. — Roggenmehl Nr. 0 u. 1 30,00—29,00 M., ff. Marken 30,15 M. per Jan. 30,30 M., per Jan.-Febr. 30,20—30,30 M., per April-Mai 29,80 M., per Juni-Juli 29,20 M. — Petroleum loco 23,3 M., per Jan.-Febr. 23,5 M. — Rüböl loco ohne Fah 56,5 M., per April-Mai 56,8—57,2 M., per Septbr.-Oktbr. 55,6 M. — Spiritus ohne Fah loco unversteuert (50 M.) 68,9 M. ohne Fah loco unversteuert (70 M.) 49,4—49,1 M., per Jan. 48,8—48,5 M., per Januar-Februar 48,8—48,5 M., per April-Mai 50,1—50,2—49,7 M., per Mai-Juni 50,3—49,9 M., per Juni-Juli 50,6 bis 50,3 M., per Juli-August 50,9—51,1—50,7 M., per August-Septbr. 50,9—51,1—50,7 M., per Sept.-Oktbr. 47,6—47,3 M. — Eier per Schach 3,10—3,30 M.

Magdeburg, 14. Jan. Zuckerbericht. Kornzucker excl. von 92% 19,65. Kornzucker excl. 88% Rendement 18,80. Nachprodukte excl. 75% Rendement 16,40. Rohig. Brodraffinade I. 30,00. Brodraffinade II. 29,75. Gem. Raffinade mit Fah 29,75. Gem. Melis I. mit Fah 28,50. Fest. Rohzucker I. Product Transito f. a. B. Hamburg per Januar 14,87 1/2 Gd., 14,95 Br., per Februar 15,00 bez., 15,05 Br., per März 15,20 Gd., 15,25 Br., per Mai 15,45 bez., 15,47 1/2 Br. stetig.

Thorner Wechsel-Rapport.

Thorn, 14. Januar. Wasserstand: 0,62 Meter über 0. Starkes Eisstreben. Wind: S. Wetter: klar.

Schiffsliste.

Neufahrwasser, 14. Januar. Wind: W.

Angekommen: Alma (G.D.) Cadewasser. Methil. Rohlen.

15. Januar. Wind: S.

Angekommen: Carl (G.D.), Menzel, Riel. Güter. Nichts in Sicht.

Verantwortliche Redacteurs: für den politischen Theil und vermischte Nachrichten: Dr. B. Herrmann, — das Feuilleton und Literarische: H. Höpner, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine-Theil und den übrigen redactionellen Inhalt: A. Klein, — für den Inseraten-Theil: Otto Asemann, sämtlich in Danzig.

Tausende von Menschen ziehen sich die schwersten Krankheiten nur dadurch zu, weil sie keine Ahnung davon haben, was aus einem vernachlässigten Husten, Katarrhe oder Verschleimung entstehen kann. Die Katarrhe beruhen auf der Entzündung der Schleimhäute der Luftwege. Husten, Verschleimung sind nur die Folgezustände des Katarrhs. Ein Volksmittel im wahren Sinne des Wortes gegen katarrhalische Affectionen sind Fay's echte Sodener Mineral-Pastillen, gewonnen aus den mineralischen Salzen der Sodener Heilquellen. Was Bonbons, Thee und Pillen nicht erreichen, nicht bewirken können, bewirken Fay's Pastillen, die in allen Apotheken und Droguerien à 85 Pf. zu haben sind, sicher und zwar schon in kürzester Zeit.

„Die gelehrten Frauen“ sind es, die oft als Ziel-punkt eines nicht selten recht hohen Spottes der Dichter dienen mußten und wohl auch noch heute dienen. Eins ist es aber, worin wohl jeder Starbende eine wissenschaftliche Beschäftigung der Frauen anerkennen muß — die elementare Erkenntnis der Ernährung des menschlichen Körpers; denn wer uns täglich unsere Speisen kocht, der muß auch wissen, ob er uns nahrhaft und wechmäßig Bereitetes vorsetzt, der muß vor allem die

epochemachenden Resultate der Ernährungslehre zu würdigen verstehen, von denen ein vorzügliches Beispiel in Kemmerich's Fleisch-Depton vorliegt, jenem leicht verdaulichen schmackhaften Präparat, das als Stärkungsmittel in keiner Haushaltung fehlen sollte.

Der Hausfrau wird jetzt durch eine neue Erfindung ein Vortheil im Haushalt geboten, der gewiß allgemein freudig begrüßt werden wird. Nach sorgfältigen Versuchen ist es der Firma **Fritz Schulz jun., Leipzig**, gelungen, eine Möbelpolitur-Bomade herzustellen, die sich wegen ihrer vorzüglichen Eigenschaften bald unentbehrlich machen wird. Die Gebrauchsanweisung ist sehr einfach, so daß jeder leicht im Stande ist, den Möbeln einen schönen Politurglanz wiederzugeben und ist dabei ein Mischen vollständig ausgeschlossen. Mit einer Dose — Preis 25 Pf. — ist man im Stande mehrere Möbelfstücke aufzupolieren. — Jede Dose trägt die Firma **Fritz Schulz jun., Leipzig**.

Vorräthig in Danzig, bei **Albert Neumann, Langenmarkt**.

Ein bekannter Ausspruch des populären Arztes Dr. Bock lautet: „Schaff Eifen euch ins Blut.“ Dieser Mahnruf kann nicht genug befolgt werden, denn nur ein gesundes Blut verleiht einen gesunden Körper. Eines der besten Eisenpräparate sind die wegen ihrer vorzüglichen Wirksamkeit bekannten **Römer Klosterpillen**. Durch deren Gebrauch wird der Appetit gebessert, die Verdauung gehoben; Kopfschmerz, Schlaflosigkeit, Mattigkeit, Unlust zum Arbeiten schwinden, überhaupt tritt an Stelle der lästigen Krankheitszustände ein körperliches Wohlbefinden, das neue Lust zum Leben hervorruft. Bleichstüchtige und Blutarme sollten nicht veräumen, einen Versuch damit zu machen. Preis per Schachtel mit 180 Pillen 1,50 M. Erhältlich in Apotheken.

Berliner Fondsbörse vom 14. Januar.

Die heutige Börse eröffnete wieder in wenig fester Haltung und mit theilweise etwas abgeschwächten Coursen auf speculativem Gebiet, wie auch die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden ungünstigen Tendenzmeldungen lauten. Das Geschäft entwickelte sich im allgemeinen ruhig. Im weiteren Verlauf des Verkehrs traten einige Papiere mehr hervor, und die Gesamthaltung erschien etwas befestigt, aber die Umsätze blieben in ihrer Gesamtheit ohne rechten Belang und auch der Schluß war ruhig bei unwesentlich veränderten Notirungen. Der Kapitalmarkt zeigte ziemlich behauptete Course für heimische solide Anlagen bei mäßigen Umsätzen; 3%

Reichs- und preussische consolidirte Anleihe schwach; fremde, festen Zins tragende Papiere waren bei wenig veränderten Coursen ruhig; russische Anleihen weiter nachgebend. Noten behauptet, Italiener schwächer, ungarische 4% Goldrente fest. Der Privatdiscont wurde mit 2% notirt. Auf internationalem Gebiet gingen österreichische Creditactien ruhig zu etwas abgeschwächter Notiz um; Franzosen behauptet, Lombarden fester, Warschau-Wien schwächer. Inländische Eisenbahnactien gleichfalls ruhig und ziemlich behauptet. Bankactien ruhig. Industrie-papiere ziemlich fest, aber wenig lebhaft. Montanwerthe fester und lebhafter.

Deutsche Fonds.		
Deutsche Reichs-Anleihe	4	106,60
do. do.	3 1/2	99,00
do. do.	3	84,60
Nonconsolidirte Anleihe	4	106,70
do. do.	3 1/2	99,10
do. do.	3	84,60
Staats-Schuldenscheine	3 1/2	99,90
Preuss. Prov.-Oblig.	3 1/2	93,00
Westpr. Prov.-Oblig.	3 1/2	95,25
Landsch. Centr.-Pfdbbr.	3 1/2	95,00
Dispreuss. Pfandbriefe	3 1/2	95,50
Pommersche Pfandbr.	4	101,40
Posenische neue Pfdbbr.	4	95,50
do. do.	3 1/2	95,25
Westpreuss. Pfandbriefe	3 1/2	95,25
do. neue Pfandbr.	3 1/2	95,25
Pomm. Rentenbriefe	4	102,40
Posenische do.	4	102,40
Preussische do.	4	102,30

Ausländische Fonds.		
Deherr. Goldrente	4	95,60
Deherr. Papier-Rente	5	88,40
do. do.	4 1/5	80,75
do. Silber-Rente	4 1/5	80,25
Ungar. Eisenb.-Anleihe	4 1/2	—
do. do.	5	88,50
do. Gold-Rente	4	92,25
Russ.-Engl. Anleihe 1880	4	92,20
do. Rente 1883	6	103,60
do. Rente 1884	5	100,00
Russ. Anleihe von 1889	4	—
Russ. 3. Orient-Anleihe	5	63,10
do. 2. Orient-Anleihe	5	63,20
Poln. Liquidat.-Pfdbbr.	4	60,30
Poln. Pfandbriefe	5	—
Italienische Rente	5	90,50

Rumänische amort. Anl.		
do. 4% Rente	4	97,90
do. do.	4	83,60
Türk. Admin.-Anleihe	5	85,00
Türk. conv. 1% Anl. C.A.D.	1	18,35
Serbische Gold-Pfdbbr.	5	91,50
do. Rente	5	84,70
do. neue Rente	5	85,10
Griech. Goldanl. v. 1890	5	71,90
Mexican. Anl. v. 1890	6	83,00
do. Eisenb. St.-Anl.	5	70,70
(1 Cfr. = 20,40 M.)	4	81,60
Rom II.-VIII. Serie (gar.)	4	—

Hypotheken-Pfandbriefe.		
Danz. Hypoth.-Pfandbr.	4	99,30
do. do.	3 1/2	91,00
Dtsch. Grundsch.-Pfdbbr.	4	100,80
Hamb. Hypoth.-Pfdbbr.	4	101,00
Meininger Hyp.-Pfdbbr.	4	100,80
Nordd. Grd.-Ed.-Pfdbbr.	4	100,90
Pomm. Hypoth.-Pfdbbr.	4	—
neue gar.	4	—
do. do. do.	3 1/2	92,50
III., IV. Em.	4	101,00
V., VI. Em.	4	101,00
Pr. Bod.-Cred.-Act.-Bk.	4 1/2	115,00
Pr. Central-Bod.-Cr.-B.	4	101,10
do. do. do.	3 1/2	93,30
do. do. do.	4	102,75
Pr. Hypoth.-Actien-Bk.	4	101,20
Pr. Hypoth.-B.-A.-G.-C.	4 1/2	100,10
do. do. do.	4	100,75
do. do. do.	3 1/2	93,10
Stettiner Nat.-Hypoth.	5	—
do. do. do.	4 1/2	102,00
do. do. do.	4	99,80
Russ. Bod.-Cred.-Pfdbbr.	5	99,70
Russ. Central-	5	86,10

Lotterie-Anleihen.		
Bad. Prämien-Anl. 1867	4	139,00
Bair. Prämien-Anleihe	4	143,30
Braunsch. Pr.-Anleihe	—	104,40
Both. Präm.-Pfdbbr.	3 1/2	111,90
Hamburg. 50thlr.-Loose	3	135,90
Altn.-Mind. Pr.-G.	3 1/2	132,00
Lübeck. Präm.-Anleihe	3 1/2	127,75
Deherr. Loose 1854	4	124,00
do. Cred.-L.v. 1858	—	323,60
do. Loose von 1860	5	123,30
do. do. 1864	—	315,50
Odenburger Loose	5	127,50
Br. Präm.-Anleihe 1855	3 1/2	154,50
Raab-Graz 100L.-Loose	4	164,40
Ruß. Präm.-Anl. 1864	5	—
do. do. von 1866	5	139,80
Ung. Loose	—	250,25

Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Actien.		
Div. 1890.		
Aachen-Mastricht	3	64,25
Main-Ludwigshafen	4 1/2	116,80
Mariemb.-Mlawh. St.-A.	1	54,00
do. do. St.-Br.	5	107,10
Dispreuss. Südbahn	1 1/2	69,40
do. St.-Br.	5	109,50
Gaal-Bahn St.-A.	—	34,50
do. St.-Br.	4 3/4	103,25
Stargard-Posen	4 1/2	101,90
Weimar-Gera gar.	3 2/3	21,20
do. St.-Br.	3 2/3	89,00
Galizier	4	—
Gothardbahn	6 1/5	—

Zinsen vom Staate gar. D.v. 1890.		
† Kronpr.-Rud.-Bahn	4 3/4	89,10
† Lübeck-Lümburg	0 1/4	21,25
† Deherr. Franz.-St.	4	—
† do. Nordwestbahn	4 3/4	—
do. Lit. B.	5 1/2	103,40
† Reichenb.-Bardub.	3,81	78,75
† Russ. Staatsbahnen	6,56	127,25
† Russ. Südbahn	5,93	69,50
† Schweiz. Unionb.	4 1/4	72,00
do. Westb.	—	—
† Südböhm. Lombard	4 1/5	43,40
† Warschau-Wien	18 1/3	214,40

Ausländische Prioritäten.		
Gothard-Bahn	5	102,10
† Italien. 3% gar. C.-Pr.	3	56,30
† Russ.-Oder-Gold-Pr.	4	—
† Kronpr.-Rudolf-Bahn	4	82,00
† Deherr.-Fr.-Staatsb.	3	83,60
† Deherr. Nordwestbahn	5	92,20
do. Elbthalb.	5	—
† Südböhm. C. Comb.	3	62,80
do. do. 5% Oblig.	5	103,20
† Ungar. Nordostbahn	5	88,00
do. do. Gold-Pr.	5	103,30
Anatol. Bahnen	5	84,00
Brest-Gratjewo	5	94,10
† Russch.-Charkow	4	87,90
† Russch.-Kiew	4	85,60
† Mosko-Rjasan	4	88,00
† Mosko-Smolensk	5	99,50
† Orient. Eisenb.-B.-Obt.	4 1/2	98,00
† Rjasan-Anglow	4	84,30
† Warschau-Terespol	5	99,50
† Oregon Railw. Nav. Bds.	5	94,25
† Northern-Pacif.-Est. III.	6	105,50
do. do.	5	84,50

Bank- und Industrie-Actien. 1890.		
Berliner Rassen-Berein	135,00	7 1/4
Berliner Handelsgef.	136,40	9 1/2
Berl. Prod. u. Hand.-A.	—	—
Bremer Bank	103,75	6
Bresl. Discobank	90,50	6
Danziger Privatbank	—	8 1/4
Darmstädter Bank	—	9
Deutsche Genossensch.-B.	120,80	7
do. Bank	155,50	10
do. Efficien u. B.	111,40	8
do. Reichsbank	142,50	8,81
do. Hypoth.-Bank	110,50	6 1/2
Disconto-Command.	179,80	11
Gothaer Grundcr.-Bk.	85,80	—
Hamb. Commerz.-Bank	110,00	5
Hannoversche Bank	111,00	5 1/4
Königsb. Vereins-Bank	94,00	4
Lübeck. Comm.-Bank	114,50	7
Magdbg. Privat-Bank	100,60	6 1/2
Meininger Hypoth.-B.	100,40	—
Norddeutsche Bank	137,50	8 1/2
Deherr. Credit-Anstalt	—	10 3/5
Pomm. Hyp.-Act.-Bank	—	—
do. do. comp. neue	107,50	—
Posener Provins.-Bank	103,00	6 1/2
Preuss. Boden-Credit	119,25	7
Br. Centr.-Boden-Cred.	151,00	10
Schaffhauf. Bankverein	104,25	6
Schleisscher Bankverein	109,30	7
Südb. Bod.-Credit-Bk.	156,80	6 1/2

A. B. Omnibusgesellschaft.		
Gr. Berl. Pferdebahn	226,00	12 1/2
Berlin. Pappen-Fabrik.	92,50	7
Milhelmshütte	61,50	—
Obereschl. Eisenb.-B.	58,50	5

Berg- u. Hüttengesellschaften.		
Div. 1890		
Dortm. Union-St.-Brior.	—	—
Rönigs- u. Laurahütte	110,75	8
Stolberg, Zink	55,40	3 1/2
do. St.-Br.	117,10	8 1/2
Victoria-Hütte	—	—

Wechsel-Cours vom 14. Januar.		
Amsterdam	8 Tg.	3 168,40
do.	2 Mon.	3 167,95
London	8 Tg.	3 1/2 20,335
do.	3 Mon.	3 1/2 20,245
Paris	8 Tg.	3 80,75
Brüssel	8 Tg.	3 80,70
do.	2 Mon.	3 80,45
Wien	8 Tg.	5 172,50
do.	2 Mon.	5 171,70
Petersburg	3 Tg.	6 197,25
do.	3 Mon.	6 195,00
Warschau	8 Tg.	5 197,75

Discont der Reichsbank 3%.		
Sorten.		
Dukaten	—	9,73
Sovereigns	—	20,30
20-Francs-St.	—	—
Imperials per 500 Gr.	—	—
Dollar	—	—
Englische Banknoten	—	—
Französische Banknoten	—	80,80
Österreichische Banknoten	—	172,55
Russische Banknoten	—	198,25